Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister

Magdeburg, 28.05.13

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/089(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss Lenkungsausschuss	Mittwoch, 22.05.2013	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	18:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.1 Bestätigung des öffentlichen Teiles der Tagesordnung

1.2 Genehmigung des öffentlichen Teiles der Niederschrift vom 08.05.2013

Lenkungsausschuss

2 Anfragen und Mitteilungen
BE: Bg III und Bg VI

Finanz- und Grundstücksausschuss

3 Beschlussvorlagen

3.1 Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0186/13
BE: Amt 51; 17.05 Uhr

3.1.1 Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0186/13/1

4 Anträge

4.1 Unterstützung CSD 2013 fortführen A0037/13
(Interfraktioneller Antrag vom 22.03.2013)

4.1.1 Unterstützung CSD 2013 fortführen A0037/13/1
(Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.04.2013)

4.1.2 Unterstützung CSD 2013 fortführen S0087/13
BE: Amt 16; 17.20 Uhr

4.1.3 Unterstützung CSD 2013 fortführen A0037/13/2
(Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei vom 22.05.2013)

5 Anfragen und Mitteilungen

Anwesend:

Vorsitzender
Stern, Reinhard
Mitglieder des Gremiums
Hitzeroth, Jens
Nordmann, Sven
Rösler, Jens
Hoffmann, Michael
Meinecke, Karin
Schoenberner, Hilmar
Wähnelt, Wolfgang
Schuster, Hans-Jörg
Geschäftsführung
Zischka, Karin
Verwaltung
Herr Zimmermann, Bg II
Herr Dr. Hartung, FBL 02
Herr Erxleben, FB 02
Herr Nitsche, Bg III
Frau Peschke; Dez. VI
Frau Ponitka, AL' in
Frau Frost, FBL 23
Herr Kracht, Amt 51
Herr Dr. Klaus, AL
Herr Brüning, Bg VI
Gäste
Herr Steinmann, MMKT

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stern eröffnet die Sitzung und stellt die Beschussfähigkeit fest. Es sind zu Beginn der Sitzung 9 Stadträte und Stadträtinnen anwesend.

1.1. Bestätigung des öffentlichen Teiles der Tagesordnung

Herr Stern führt aus, dass unter dem **TOP 3.1.1** der Änderungsantrag **DS0186/13/1** und unter dem **TOP 4.1.3** der Änderungsantrag **A0037/13/2** neu hinzugekommen sind und in der heutigen Sitzung behandelt werden sollen.

Herr Nitsche bittet darum, den **TOP 7** aus dem nichtöffentlichen Teil vorzuziehen und vor dem **TOP 4.1** zu behandeln.

Herr Stern informiert darüber, dass die Sondersitzung am morgigen Donnerstag (23.05.2013) ausfällt.

Der geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teiles wird mit 9 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung des öffentlichen Teiles der Niederschrift vom 08.05.2013

Dem öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.05.2013 wird mit 6 – 0 – 3 zugestimmt.

Lenkungsausschuss

2. Anfragen und Mitteilungen

Herr Nitsche berichtet zur Zone I, dass am 13.07.2013 die Grundsteinlegung der Fa. Norma erfolgen wird.
Frau Peschke entschuldigt **Herrn Dr. Scheidemann** für die heutige Sitzung.
Zur Zone IV kann nichts Neues berichtet werden.

Anfragen gab es keine im öffentlichen Teil.

Finanz- und Grundstücksausschuss

3. Beschlussvorlagen

3.1. Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0186/13
3.1.1. Umsetzung des KiFöG-Neu in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0186/13/1

Herr Dr. Klaus bringt die Drucksache ein. Dabei geht er u. a. auf die zeitliche Enge und auf die intensive Zusammenarbeit mit dem Amt 30, FB 02, FB 01 ein.
Bei der letzten Beratung mit den Freien Trägern waren von 33 Trägern 19 Träger anwesend. Thema war u. a. die Erhebung der Kostenbeiträge ab 01.08.2013 durch die Stadt und die Kostenbeitragseinnahme durch die Träger vom 01.08. bis 31.10.2013.
Herr Stern möchte wissen, ob die Versendung der in der Anlage 3 genannten 15.000 Kostenbescheide ab 01.08.2018 auch sichergestellt ist.
Herr Dr. Klaus geht kurz auf die Schwierigkeiten fehlender zeitnaher Unterstützung seitens der KID, die Datenqualität, Zuständigkeitswechsel und Softwaremängel ein.
Herr Stern bittet darum, dass für die Übergangszeit quartalsweise im Finanz- und Grundstücksausschuss über den Fortbestand und die Arbeiten der freien Träger berichtet wird. Weiterhin sollte zu dem in der Anlage 4 benannten Personalmehrbedarfe seitens des Dezernates eine Deckungsquelle benannt werden. Insbesondere sollten die Kürzungen in der Verwaltungsförderung zahlenmäßig untersetzt sein.
Herr Stern sprach sich für eine Überarbeitung der Drucksache aus, diese soll am 05.06.2013 zur Beratung im Finanz- und Grundstücksausschuss vorliegen. Die Beratung im Stadtrat soll am 06.06.2013 erfolgen.
Herr Wähnelt merkt an, dass der erkennbare Mehraufwand im Mahn- und Vollstreckungswesen für ihn nicht nachvollziehbar ist. Die Träger haben in der gleichen Angelegenheit offensichtlich günstiger gearbeitet.
Herr Nordmann bemängelt, dass die Träger erst sehr spät mit ins „Boot“ geholt worden sind. Die Träger sind dafür, dass sie die Kostenbeitragseinnahmen noch bis zum Dezember 2013 selber vornehmen.
Herr Dr. Klaus führt aus, dass das Mahnwesen aufgrund des neuen Gesetzes bei der Stadtkasse angesiedelt werden muss. Eine Schnittstelle zum System NYSY soll es dann ebenfalls geben. Es werden weitere neue gesetzliche Regelungen kommen.
Eine Trennung zwischen Vereinbarung der Kostenbeiträge und des Mahn- und Forderungsmanagement zwischen freien Trägern und der Stadt kann nur ineffizient sein.
Eine Trennung zwischen „zahlungswilligen“ und nicht „zahlungswilligen“ Eltern kann nicht gewollt sein.
Herr Wähnelt hält die Finanzierungsrichtlinie für nicht Sinnvoll und ist für eine Überarbeitung dieser.
Herr Zimmermann geht auf die Bemerkung von **Herrn Wähnelt** ein, ja es wird zu Mehrkosten kommen. Im Jahr 2015 ist erstmals ein Vergleich mit der alten Verfahrensweise möglich. Es

wäre das erste Jahr, welches man als Referenzjahr nehmen könnte, weil dann alle gesetzlichen Änderungen in Kraft sind.
Die Finanzierung und Abrechnung durch die LH Magdeburg zu übernehmen, ist Gesetz. Es beinhaltet auch die Möglichkeit der Übertragung an Freie Träger als „kann - Bestimmung“. Davon nimmt die Stadt erst einmal Abstand. Weil unabhängig wer die Finanzierung übernimmt, ist auf jeden Fall gesetzlich geregelt, dass immer die Stadt die „Nichtzahler“ verfolgen (Mahnung, Vollstreckung) muss.
Die Stadt will daher erst einmal die Erhebung der neuen Kostenbeiträge per neuen KiFöG selber durchführen.
Herr Rösler kann bestimmte Berechnungen nachvollziehen, aber für ihn fehlt es an einer Auflistung einzelner Aufwandsposten, die von der Umsetzung des neuen Gesetzes betroffen sind. Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Drucksache sollte auch die Abbildung etwaiger Einsparpotentiale enthalten. Auch seitens der Probleme bei der KID spricht sich **Herr Rösler** für die Beitragserhebung ab 01.01.2014 aus.
Herr Hoffmann merkt an, dass die Berechnungen vom Ministerium noch nie gestimmt haben. Seiner Meinung nach findet hier eine „Kreativwirtschaft“ statt. Er möchte auf eine Abstimmung der Drucksache verzichten.
Die Träger sind nicht gegen die Verwaltung, so **Herr Nordmann.** Sie haben auch bei der Einführung der Kita - Software tatkräftig mitgearbeitet.
Herr Zimmermann führt aus, dass die Teilnahme am Portal durch die Träger sehr zögerlich und teilweise verweigernd erfolgte.

Herr Brüning erscheint zur Sitzung.

Herr Brüning unterrichtet die Anwesenden darüber, dass heute eine Beratung mit den Trägern stattgefunden hat. Der Zeitdruck ist sehr hoch, die Satzung zur Betreuung und zur Elternvertretung musste erarbeitet werden. Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass die Kostenbeitragserhebung durch die Stadt erfolgen soll.

Die Stadträte sind sich einig, über die Drucksache und den Änderungsantrag nicht abzustimmen.

Herr Stern legt fest, dass die überarbeitete Drucksache zur Beratung im Finanz- und Grundstücksausschuss am 05.06.2013 erneut auf die Tagesordnung genommen wird (einen Tag vor der SR-Sitzung).
Die Kostendeckung der Personalmehrkosten ist per Vorschlag auszuweisen. Weiterhin ist die Übergangslösung in Kooperation und Zusammenarbeit mit den freien Trägern zur Kostenbeitragserhebung konkret darzustellen. Auch die Entwicklung und der Umfang der Sachkostenpauschale sind zusammenfassend und zahlenmäßig darzustellen.

Die Drucksache DS0186/13 ist vertagt.

Die Drucksache DS0186/13/1 ist vertagt.

4. Anträge

4.1.	Unterstützung CSD 2013 fortführen	A0037/13
4.1.1.	Unterstützung CSD 2013 fortführen	A0037/13/1
4.1.2.	Stellungnahme der Verwaltung	S0087/13
4.1.3.	Unterstützung CSD 2013 fortführen	A0037/13/2

Herr Stern übergibt den Vorsitz an Stadtrat **Rösler.**

Herr Hoffmann und **Herr Stern** verlassen gegen 18:15 Uhr die Sitzung. Es sind nunmehr 7 Stadträte und Stadträtinnen anwesend.

Herr Rösler stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Wähnelt macht Ausführungen zum vorliegenden Antrag und geht dabei auch auf den Änderungsantrag A0037/13/2 ein. Das zur Verfügung stellen des roten Doppeldecker Busses wäre eine Bereicherung des CSD.
Herr Nordmann findet die Idee gut, möchte aber wissen, wer die Kosten des Busses und der Parade trägt. Weiterhin fragt er nach, ob das Gesundheitsamt und auch das Jugendamt angesprochen worden sind. Dies wird von **Frau Ponitka** verneint.
Sie nimmt den Hinweis auf und wird diese Ämter noch ansprechen.
Herr Zimmermann merkt an, dass die MMKT die Kosten für den Bus nicht tragen kann. Die finanzielle Lage des Unternehmens gibt dies nicht her. Die Kosten müssten ermittelt und von einem Dritten übernommen werden.
Herr Hitzeroth findet die Aufstellung in der Stellungnahme gut, aber die im Änderungsantrag A0037/13/2 letzter Absatz, empfohlene Teilnahme aller kommunalen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, empfindet er wie eine Zwangsveranstaltung.
In der weiteren sehr regen Diskussion wurde u. a. über die Bildung eines Fonds aus der Ottokampagne gesprochen.

Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages A0037/13/2 wie folgt zu ändern:

Beschlussvorschlag „alt“:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der erste Satz des Ursprungsantrages (A0037(13) bleibt unverändert bestehen.

Der zweite Satz wird wie folgt geändert/ergänzt (Änderung/Ergänzung in Fettdruck):

Um diese Unterstützung auch öffentlich sichtbar zu machen, beteiligt sich die Stadt über die bereits beschlossene Beflaggung des Rathauses mit der Regenbogenfahne hinaus **an der Parade oder dem Straßenfest durch Zurverfügungstellen eines entsprechenden Fahrzeuges – nach Möglichkeit der rote Doppeldecker-Bus von MMKT und MVB.**

Dieser sollte von allen kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, wie auch von Angehörigen der kommunalen Gesellschaften bzw. Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung sowie Stadträtinnen und Stadträten gleichermaßen genutzt werden können.

Beschlussvorschlag „neu“:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der erste Satz des Ursprungsantrages (A0037(13) bleibt unverändert bestehen.

Der zweite Satz wird wie folgt geändert/ergänzt (Änderung/Ergänzung in Fettdruck):

Um diese Unterstützung auch öffentlich sichtbar zu machen, prüft die Stadt die Beteiligung über die bereits beschlossene Beflaggung des Rathauses mit der Regenbogenfahne hinaus **an der Parade oder dem Straßenfest durch Zurverfügungstellen eines entsprechenden Fahrzeuges – nach Möglichkeit der rote Doppeldecker-Bus von MMKT und MVB.**

Dieser sollte von allen kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, wie auch von Angehörigen der kommunalen Gesellschaften bzw. Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung sowie Stadträtinnen und Stadträten gleichermaßen genutzt werden können.

Die Stellungnahme S0087/13 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0037/13/1 wird dem Stadtrat mit 4 – 1 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Antrag A0037/13/2 wird dem Stadtrat mit 4 – 0 – 3 zur Beschlussfassung empfohlen mit Änderungsantrag.

Der Antrag A0037/13 wird dem Stadtrat mit 6 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

5. Anfragen und Mitteilungen

Herr Schuster möchte eine Information zum Sachstand des Tischtennisvereins Ottersleben haben. Dieser Verein soll zukünftig 13,50 EUR und am Wochenende 17,00 EUR für die Nutzung entrichten. Der Verein kann diese Gelder nicht entrichten, es würde die Auflösung des Vereins nach sich ziehen.
Herr Zimmermann ist sehr überrascht, er hat hiervon keine Kenntnis.

Im Nachgang zur Sitzung konnte die Nachfrage beantwortet werden. Hier die Antwort des FB 40:

Die Abteilung Tischtennis des VfB Ottersleben muss für die Nutzung der Sporthalle der GS Ottersleben keine Entgelte entrichten.

Offensichtlich ist es hier zu Irritationen gekommen, weil zum Schuljahresbeginn alle Nutzungsvereinbarungen für städtische Sportstätten (turnusgemäß ca. alle 5 Jahre erforderlich, damit nicht mehr existierende Gruppen nicht unnötig Hallenzeiten blockieren) durch den FB 40 überarbeitet wurden und in dem Begleitschreiben selbstverständlich auch auf die Veränderungen bei der Entgeltordnung und den Sportförderungsrichtlinien hingewiesen haben.

Da der VfB Ottersleben eine Sportstätte langfristig von der Stadt angemietet hat und hierfür Eigenmittel für die Unterhaltung und Bewirtschaftung einsetzt, haben die Sportgruppen des Vereins in den städtischen Kernsportstätten (auch Schulsporthallen) gemäß Punkt 1.1 der Sportförderungsrichtlinien keine Entgelte/Betriebskostenanteile zu entrichten.

Für den Verein bleibt somit alles wie bisher.

Herr Nordmann hat Informationen erhalten, dass es einen Eigentümerwechsel beim Einkaufszentrum „Florapark“ gegeben haben soll. Die Einkaufsfläche soll noch vergrößert werden.
Herr Zimmermann vertritt die Auffassung, dass dies eine Frage für den StBV ist und nicht für den Finanz- und Grundstücksausschuss.

Herr Rösler stellt die **Nichtöffentlichkeit** her.

Herr Wähnelt fragt nach dem Sachstand zum Krankenhaus „Altstadt“. Hier gibt es noch nichts neues, so **Herr Zimmermann.** Es wurde ein Schriftsatz an das Finanzministerium versendet, eine Rückantwort steht noch aus.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Reinhard Stern
Vorsitzender

Karin Zischka
Schriftführerin